

CEED PRESSEMITTEILUNG - 08.06.2007 - Bruxelles
Petition der 10 Eltern zum Verbot der JUGENDÄMTER
EUROPA-PARLAMENT

Am 07.06.2007 fand die zweite Runde des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments gegen das deutsche Weltunikum "JUGENDAMT" statt.

Im Tagungssaal waren polnische, französische und deutsche Eltern (Dr Karin Jaeckel, Petra Heller, Thomas Porombka, Erhard Wick) anwesend, sowie drei Abgesandte der deutschen Bundesregierung. Die Debatte, die von Vertretern der Europäischen Kommission, sowie Abgeordnete der verschiedenen Länder der Union geführt wurde, war zum Teil heftig.

Die Vertreter der Bundesregierung versuchten mit einer geschmacklosen vorgefassten Erklärung das für die restliche Welt illegale Vorgehen der Jugendämter zu begründen und baten beiläufig und herzlos die Haltung des JUGENDAMTS Hamburg Bergedorf in der Sache Pomorski zu entschuldigen. Dabei meinten sie sicherlich, das Kernproblem JUGENDAMT aus der Welt geräumt zu haben.

Während Abgeordnete anderer Länder die Haltung der deutschen JUGENDÄMTER als **skandalös** bezeichneten, verstand der deutsche Euroabgeordnete Wieland (ehemals BMJ) als einziger im Saal nicht, dass die Petitionen sich gegen das Gebilde "JUGENDAMT" richteten. Mit der Süffisanz des deutschen besserwissenden fehlerfreien Kleinstfunktionärs versuchte er vor den versammelten Vertretern der anderen EU-Staaten und Eltern zunächst die Form mit der die Peteten ihren Vortrag leisteten (emotionsgeladen) zu kritisieren und deren Anschuldigung als unbegründet zurückzuweisen, anstelle sich mit den Ursachen der internationalen Kritik gründlich zu befassen.

Überraschend für alle räumte er ein, dass die BRD an der Umsetzung von internationalen Urteilen des EGMR (Görgülü, Haase) im nationalen Recht sich nicht verpflichtet fühlte.

Damit ist eine Intervention der Europa-Kommission in den Angelegenheiten des JUGENDAMTS bei binationalen Kindern umso notwendiger geworden.

Der Vertreter der Europäischen Kommission, Gavriladis, verlangte die Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme seitens der Bundesregierung und schloss nach Prüfung der Angelegenheit das Verhängen von Strafen nicht aus.

Beim Vortragen der Petition der 10 Eltern wurde den Anwesenden klar, dass das illegale Vorgehen des JUGENDAMTS nicht nur die Grundrechte von polnischen Eltern, sondern die Grundrechte vieler nicht-deutscher und deutscher Elternteile verletzt.

Die Vice-Vorsitzende des Petitionsausschlusses Kathy Sinnott stellte zusammenfassend fest: "Es geht hier um die Zukunft Europas".

Der Vorsitzender beschloss die Weiterleitung eines Initiativenberichtes an das Europa Parlament. Mit anderen Worten wird die Sache JUGENDAMT vor dem Europäischen Parlament in nächster Zukunft eingebracht.

08/06/2007
Olivier Karrer
CEED – Paris

Zeit: 2007-06-16, 06:33:39

Betreff: wichtige Nachricht -- Einhaltung der Urteile wegen Menschenrechte der BRD!

Zahlreiche EU-Abgeordnete und der Vertreter der Rechtskommission der Europäischen Kommission sehen Zweifel in der Rechtmäßigkeit der praktizierten Behördenmaßnahmen, zudem auffällig ist, dass sich die Vorwürfe auch aus anderen EU-Staaten häufen. Allen Petitionen gemeinsam ist die Forderung nach Abschaffung der Jugendämter oder zumindest der Einrichtung einer unabhängigen und kompetenten Aufsichtsbehörde. Dazu wurden von Petenten Dokumente vorgelegt, in denen beispielsweise das Bundesfamilienministerium bestätigt, dass Jugendämter in Deutschland keiner Fachaufsicht unterliegen, sowie ein Schreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt, das die fachliche Aufsicht der Jugendämter als verfassungswidrig erklärt. Der deutsche EU-Abgeordnete Rainer Wieland erklärte, **entgegen dem Wortlaut der Europäischen Menschenrechtskonvention, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht verpflichtet, Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen.** Dem massiven Druck zahlreicher EU-Abgeordneter ist es zu verdanken, dass der Petitionsausschuss des Europaparlaments zur weiteren Klärung der von den Petenten erhobenen Vorwürfe einen Initiativ-Bericht über die Rechtslage Deutscher Jugendämter anforderte.

von Alexandra Bek www.zeb-org.de, Zentralrat Europäischer Bürger/in ZEB
Bitte die Nachricht lesen.